

# Besondere Aspekte des Autoritarismus in der Türkei

Ahmet Bekmen

Es ist schwierig, eine dem Tagesgeschehen angemessene Analyse in der Türkei zu machen. In einer Konjunktur, in der die Politik entweder als eine populistische Form der Propaganda oder eine Aktivität von in staatlichen Strukturen verankerten Akteuren begriffen wird, gehen auch Analysen „aus der Distanz“ oft nicht über solche Unterscheidungen hinaus. Daher ist es ein guter Moment, um den Blick auf strukturelle Transformationen zu richten.

In dieser Hinsicht, wird sich dieser kurze Beitrag auf drei Dimensionen konzentrieren, die in verschiedener Weise mit dem Aufstieg eines autoritären Regimes während der AKP-Ära verbunden sind. Erstens, ist der starke Bedeutungsverlust des Landwirtschaftssektors – und damit der ländlichen Bevölkerung – der bereits nach den 1980er Jahren begann und sich in den 2000er Jahren beschleunigte, einer der wichtigsten Faktoren auf sozialem Gebiet gewesen. Er brachte eine massive Welle der Proletarisierung mit sich, die eine soziale Basis für eine neoliberal-populistische Tendenz wie die Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) schuf. Zweitens sollte man die Verschiebungen in Beziehungen zwischen den Kapitalfraktionen in die Analyse einbeziehen. Die AKP stand insbesondere nach der globalen Krise von 2008 unter starkem Druck, ihre frühere Strategie, die auf einer finanziellen Stabilität basierte, welche die Interessen der einheimischen und ausländischen großen Kapitalgruppen mit den Bedürfnissen des mittleren – überwiegend islamischen – Kapitals harmonisierte. Danach verfolgte sie eine neue Wirtschaftsstrategie, die sich an den Interessen des neuen Regimes orientierte. Und drittens sollte man sich mit der Konfliktodynamik von innerstaatlichen Akteuren, die mit der Parzellierung des Staatsapparates in den 1970er Jahren ihren Ursprung hat, auseinandersetzen.

## Eine desorganisierte und verschuldete soziale Basis

Laut einer liberalen Argumentation basierte der wirtschaftliche und politische Populismus in der Türkei in den 1980er und 1990er Jahren auf staatlichen Stützungen und Subventionen für die Landwirtschaft. Ende der 1990er Jahre waren Pläne für eine Strukturanpassungspolitik ausgereift. In einem Bericht für die Staatliche Planungsorganisation konnte man lesen: „Laut der amtlichen Statistik macht die ländliche Bevölkerung im Landwirtschaftssektor 35 % der Gesamtbevölkerung und 45 % der Gesamtbeschäftigung aus. Um dieses Niveau zunächst auf 20 Prozent und auf längere Sicht auf 10 Prozent zu reduzieren, sollte die Überschussbevölkerung durch Wirtschafts- und Sozialpolitiken, Anreizpolitiken und Politiken, die strukturellen Wandel sicherstellen, in die Industrie-, Tourismus- und Dienstleistungssektoren transferiert werden.“ (DPT 2000: 7).

Diese strukturelle Transformation wurde ab Ende der 1990er Jahre und speziell in den 2000er Jahren umgesetzt: Während der Anteil der ländlichen Bevölkerung 1980 noch 56,09% war, ging ihr Anteil von 40,99% im Jahr 1990 auf 35,10% im Jahr 2000 und 23,70% im Jahr 2010 zurück (Öztürk 2010: 140). Rasch ging auch die landwirtschaftliche Beschäftigung zurück. Laut des Türkischen Statistikamtes (TÜİK) fiel der Anteil der landwirtschaftlichen Beschäftigung von 47,8% im Jahr 2000 auf 23,5% im Jahr 2007 und 20,6% im Jahr 2015. Parallel zu diesem Anteilrückgang hat die Zahl der Lohnabhängigen zwischen dem Jahr 2000 und 2013 um 56% zugenommen, und damit stieg ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 48,6% auf 64,1%.

Die Liquidierung der landwirtschaftlichen Beschäftigung hat zu einer Welle der Proletarisierung und zu städtischer Armut geführt. Seit den 1950er Jahren haben die neuen städtischen Arbeitskräfte ihre familiären Verbindungen mit den ländlichen Haushalten beibehalten, denn diese dienten ihnen als ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Abfederungsmechanismus. Mit der Zerstörung der ländlichen Ökonomie ist eine neue städtische Masse – ohne die ländlichen Absicherungsmechanismen und zwischen informeller Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hin- und herwechselnd – entstanden (Buğra/Keyder 2006 & 2007). Da das soziale Absicherungssystem nicht stark entwickelt ist, konnten bestimmte sozialpolitische Praktiken der AKP greifen. Neue Sozialhilfeprogramme waren vor allem auf eine minimale Basisabsicherung ausgerichtet. Halb-offizielle Programme sind von den Gemeinden, in denen die AKP eine dominante Stellung hat, und islamischen NGOs umgesetzt worden. Dies ist die grundlegende Verbindung, welche die AKP mit den städtischen Armen hergestellt hat (Eder 2014, Özden 2014).

Gleichzeitig hat der Anteil der ArbeiterInnen im informellen Sektor zugenommen. Der Typ von ArbeiterIn, der in Slum-Gegenden der Städte lebt und informell beschäftigt ist, ist für die Türkei nichts Neues. Es gibt ihn seit den 1950er Jahren. Mit der Auslöschung der organisierten Arbeiterklassenbewegung ist dieser Teil der ArbeiterInnen-schaft seit den 1990er Jahren schrittweise zum Gravitationszentrum innerhalb der Arbeiterklassenformation geworden. Feldforschungen, die seit den 1990er Jahren vorgenommen wurden, zeigen, dass die politische Ausrichtung dieses Teils der ArbeiterInnen-schaft zwischen linken und islamischen Werten oszilliert (Boratav 2015). Tatsächlich erfolgte seine politische Formierung gerade in diesen Jahren. Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse gegen das Drücken der Löhne und das Verbot von Gewerkschaften nach dem Staatsstreich von 1980 löste bedeutsame Reaktionen Ende der 1980er Jahre aus. Eine Welle von Protesten der Arbeiterklasse setzte deutliche Konzessionen bei den Löhnen durch. Gleichzeitig veränderte sich aber die politische Landkarte der Türkei. Nach einem Aufstieg der Sozialdemokrat Halkıcı Parti in den Kommunalwahlen von 1989, errang die islamische Refah Parti 1994 signifikante Erfolge bei den Kommunalwahlen von 1994. In den dazwischen liegenden fünf Jahren hatten sich die BewohnerInnen der wirtschaftlich unterentwickelten Bezirke der Metropolen auf islamische und konservative politische Kräfte reorientiert. Hierzu trug die türkische Sozialdemokratie durch ihre strategische Ausrichtung vornehmlich auf die städtische Mittelklasse erheblich bei. Parallel hierzu hatten sich die Gewerkschaften auf den Schutz der Rechte und Errungenschaften der formal beschäftigten ArbeiterInnen konzentriert und es unterlassen, die neuen ArbeiterInnen im informellen Sektor zu organisieren. Die wirtschaftliche und soziale Spaltung in der Arbeiterklasse bildete schrittweise den Ansatzpunkt für die Entwicklung islamischer Politik aus.

Was für eine Art der wirtschaftlichen Beziehung hat die AKP mit diesem Teil der Arbeiterklasse hergestellt? Wie kann man angesichts eines Rückgangs der Lohnquote im Volkseinkommen um mehr als 15 Prozent zwischen 1995 und 2012 erklären, dass die AKP für ihre neoliberale Politik Zustimmung bei Lohnabhängigen gefunden hat? In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sollte man sich auf zwei signifikante Aspekte der AKP-Ära konzentrieren. Erstens ist die Türkei ein stärker urbanisiertes Land geworden. Nicht allein für die Menschen, die in die bereits bestehenden großen Städte abwanderten, sondern auch für die BewohnerInnen der neuen industrialisierenden Städte in Anatolien bedeutete dies einen stärkeren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Verkehr (vgl. Öztürk et al. 2018). Sowohl auf Ebene der Gemeinden wie auch der nationalen Regierung hat sich die AKP als erfolgreicher taktischer Spieler auf dem Gebiet der öffentlichen Dienste erwiesen. Hierbei entwickelte sie eine Doppelstrategie. Einerseits hat die Regierung eine entschlossene Kommerzialisierungspolitik umgesetzt, andererseits hat sie die öffentlichen Ausgaben stark erhöht. Über diese Doppelstrategie hat sie die Zustimmung unterschiedlicher populärer Sektoren der türkischen Gesellschaft gewonnen (Özden/Bekmen 2015).

Zweitens hat die Verschuldung der privaten Haushalte, die historisch in der Türkei selbst statistisch insignifikant gewesen war, in der AKP-Periode ein bedeutsames Niveau erreicht. Kreditkarten, Konsumentenkredite und Ratenzahlungen sind zu finanziellen Instrumenten geworden, von denen die Haushalte massiv Gebrauch machen (Güngen 2018, Bahçe/Köse 2016). Wie Akçay (2018: 13) hervorhebt: „Während der AKP-Regierungsjahre hat die Verschuldung privater Haushalte im Verhältnis zum BIP dramatisch von 1,8 % im Jahr 2002 auf 19,6 % im Jahr 2013 zugenommen.... Die Ausdehnung neuer Kredite und Finanzierungsmöglichkeiten auf arme Haushalte war eine Art des ‚privatisieren Keynesianismus‘, ein Mittel, um Lohnsenkungen zu erreichen und gleichzeitig einen entsprechenden Rückgang im Konsum zu verhindern.“ Kurz gefasst haben Politiken einer „durchhaltbaren Armut“<sup>1</sup>, die auf eine Reproduktion von Armut als handhabbares gesellschaftliches Phänomen zielen, und eines „durchhaltbaren Konsums“<sup>2</sup>, der auf steigender Haushaltsverschuldung gründet, die wichtigsten Mechanismen dargestellt, über welche die AKP-Regierungen Unterstützung von den arbeitenden Klassen gewonnen haben. Ein neoliberaler Populismus, der sich vom klassischen Populismus unterscheidet und über neue Armutspolitiken und Marktinstrumente, also durch vereinzelte Arme und KonsumentInnen funktioniert, hat die Hauptachse einer Politik der „großen Transformation“, wie sie die Türkei erlebt, gebildet.

## Eine neue Kapitalistenklasse für das neue Regime

Im Gefolge der signifikanten Krise von 2001 kam es im institutionellen Management der türkischen Wirtschaft zu strukturellen Revisionen in Richtung auf eine Anpassung an die Forderungen und Erfordernisse des globalen Finanzkapitalismus. Mit einer vorrangigen Orientierung auf die Zentralbank und den Bankensektor wurde das wirtschaftspolitische Management an autonome Institutionen übertragen. Als die AKP 2003 zur Macht kam, übernahm sie diese institutionelle Struktur und auch ein Wirtschaftsprogramm, das auf einem 1997 mit dem IWF unterzeichneten Stand-by-Programm basierte (Bekmen 2014). Das globale Finanzkapital und große türkische Kapitalgruppen,

die durch den Dachverband TÜSIAD (Türk Sanayici ve İşadamları Derneği) repräsentiert wurden, standen hinter diesem Programm. Die islamischen Kapitalgruppen – meist mittlere und kleinere Unternehmen, die durch MÜSIAD (Müstakil İşadamları Derneği) vertreten wurden, hatten hingegen zwei Anliegen. Erstens brauchten sie niedrige Zinsen, da sie für die Finanzierung ihrer Investitionen von Bankkrediten abhängig waren. Zweitens brauchten (und brauchen) sie öffentliche Aufträge, zu denen sie über die AKP-Gemeinden und -Regierungen ausgezeichneten Zugang bekamen. In den 2000er Jahren, als globale Finanzmittel im Überfluss vorhanden und billig waren, war es nicht schwierig, diesen unterschiedlichen Erwartungen gerecht zu werden. Die AKP machte sich das IWF-basierte Programm und die neue institutionelle Struktur zu Eigen und realisierte auch die Erwartungen islamischen Kapitalgruppen. Sowohl die bereits erwähnten Kredite für die Haushalte als auch der Finanzbedarf der mittleren islamischen Unternehmen wurden zu Zinssätzen gedeckt, die niedrig gehalten wurden. Dies war die wirtschaftliche Basis, auf der die AKP ihre soziale Basis zusammenhielt (Akçay 2018, Güven 2016).

Die Jahre 2007–2008 wurden zu einem Meilenstein, da sich zwei wirtschaftliche Entwicklungen kreuzten. Erstens lief 1997 das Stand-by-Abkommen mit dem IWF aus. Trotz des Drängens von TÜSIAD, erneuerte die AKP das Abkommen nicht, um freie Hand bei der Wirtschaftspolitik zu haben. Zweitens brach die globale Wirtschaftskrise aus. Damit konnte die bisherige Wirtschaftsstrategie nicht mehr fortgeführt werden, da die globalen Finanzflüsse austrockneten. Die AKP konnte ihre auf einen Interessenausgleich setzende Politik nicht fortsetzen. Punkte wie die Autonomie der Zentralbank wurden – selbst unter Regierungsmitgliedern – Gegenstand einer ernsthaften Debatte. Die Spannungen wurden durch die öffentliche Kontroverse zwischen dem stellvertretenden Premierminister Ali Babacan als Repräsentanten von TÜSIAD und des globalen Finanzkapitals und dem Wirtschaftsminister Zafer Çağlayan, dem früheren Vorsitzenden des Dachverbandes der kleinen und mittleren Unternehmen TOBB (Türkiye Odalar ve Burslar Birliği), sichtbar.

Man kann sagen, dass die folgenden Wirtschaftspolitiken zwei grundlegende Motivationen haben: Es geht darum, die Fähigkeit des großen Kapitals, als einheitlicher Klassenakteur zu wirken, durch eine Zuckerbrot- und Peitsche-Politik zu begrenzen und die Kräfteverhältnisse innerhalb des Kapitals zu verändern. Einerseits wurden Kapitalgruppen, die auf eine kritische Distanz zur AKP-Regierung hielten, wie beispielsweise die große Medienholding von Aydın Doğan, durch Gerichtsverfahren eliminiert. Andererseits wurde Zustimmung großer Kapitalgruppen durch „administrative Instrumente“, wie beispielsweise öffentliche Ausschreibungen, Private-Public-Partnerships oder Umschuldungen, gewonnen. Es wurde immer deutlicher, dass die Intention des neuen Regimes war, nicht nur islamische Unternehmen zu unterstützen, sondern auch einen neuen Kreis großer Kapitalgruppen zu schaffen, der über das islamische Kapital hinausging. Die Artikulation der neuen Kapitalakteure war durch ihre Loyalität zum neuen Regime gekennzeichnet.

Öffentliche Ausschreibungen sind das Hauptinstrument zur Schaffung eines solchen Kreises von Unternehmen geworden. Nach Angaben der Weltbank kommen fünf von zehn Unternehmen, welche die höchste Zahl von öffentlichen Ausschreibungen für Infrastrukturprojekte zwischen den Jahren 1990 und 2018 gewannen, aus der Türkei, und sie sind für ihre enge Nähe zum neuen Regime bekannt. Während die Gesamtauf-

tragssumme auf fünf Kontinenten für die französische Firma SUEZ, welche die Liste anführt, auf 60 Mrd. US-Dollar kommt, gewann Limak İnşaat allein in der Türkei fast 50 Mrd. US-Dollar an Aufträgen (The World Bank). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch im Energiesektor und in der Rüstungsindustrie. Die öffentliche Beschaffung war durch Günstlingswirtschaft gekennzeichnet (vgl. Nar 2015, Gürakar 2018). Die Mega-Projekte wurden unter Public-Private-Partnerships und einer irredentistischen und interventionistischen Außenpolitik realisiert und zeigten sich gegenüber der Zerstörung der Natur sowie gegenüber schlechten Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen, die eine hohe Zahl an Arbeitsunfällen mit Todes- und Verletzungsfolgen verursachten, indifferent. Es scheint, dass das Regime durch all diese Maßnahmen intendiert, dem türkischen Kapitalismus eine neue Gestalt zu geben, indem er „dem Staat seinen Platz gibt“. Für Madra und Yılmaz (2019: 55) ist die um diese Sektoren – Bauwirtschaft, Energie und Rüstung – gruppierte Akkumulation relevant für den Charakter des „nationalistischen Konzern-Regimes“, das Erdoğan zu etablieren versucht: „Diese Sektoren wurden jedoch auch ausgewählt, weil sie sich auf den Staat als dem zentralen Akteur für die Schaffung von Projekten und Prozessen, die Verteilung von Renten und Ressourcen und für die Koordinierung der Finanzflüsse stützen. Indem er die Ressourcen und Kapazitäten der Staatlichkeit nützt, möchte Erdoğan eine Bourgeoisie schaffen, die er kontrollieren und anleiten kann. Eine wirklich konzernbasierte, korporatistische Souveränität.“ Die enge Verbindung zwischen der Konsolidierung des neuen Regimes und der auf diese Sektoren bezogene Konsolidierung des türkischen Kapitalismus stellt die Grundlage von Erdoğan's Projekt dar.

## Das neue Regime und die Machtnetzwerke

Es ist eine heute weit akzeptierte Vorstellung, dass die neoliberale Transformation die repräsentative Demokratie unterminiert hat (Jessop 2018). Daneben hat ein anderer Prozess – eine Parzellierung des Staatsapparates – in der Türkei stattgefunden. Dies heißt, dass das Personal von Schlüsselinstitutionen wie der Armee, der Justiz und der Polizei in politische, ideologische und/oder durch Gemeinschaften gebildete Netzwerke eingebettet sind, die jenseits der bestehenden politischen oder administrativen Prozeduren funktionieren. Diese Tendenz entstand zunächst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im Rahmen des „Kampfes gegen den Kommunismus“. In den 1990er Jahren wurde es komplizierter. Parallel zum allmählichen Aufstieg des politischen Islam und der kurdischen Bewegung – zwei zentrifugale Bewegungen, die gegen die Gründungsprinzipien der Republik, nämlich den Säkularismus und den Nationalismus, rebellierten – begannen Akteure innerhalb des Staates, welche die Mission des „Schutzes der Republik“ hatten, autonom zu agieren. Im Gegensatz zur liberalen und links-liberalen Argumentation, dass die kemalistischen Eliten in der zivilen und militärischen Bürokratie in der Politik dominant gewesen wären, begann die Parzellierung des Staatsapparates zwischen verschiedenen Netzwerken. Die kemalistischen Eliten waren nur eines von ihnen.

Nach den Wahlen von 2003 wurde die Bildung einer Ein-Parteien-Regierung durch die AKP als die Wiederherstellung der repräsentativen Politik in der Türkei begrüßt. Es war eine breit akzeptierte Vorstellung, dass die AKP eine Verbindung von islamisch-konservativen Werten mit einer markt-orientierten Konzeption der Gesellschaft, also die

Integration der islamisch-konservativen Massen in das System, repräsentiere (Tuğal 2009). Mit den beginnenden Konflikten zwischen Akteuren innerhalb des Staatsapparates im Jahr 2007 begann die Politik von Machtnetzwerken erneut die repräsentative Politik zu ersetzen. In diesem neuen Kontext war die AKP der einzige Akteur, der kein eigenes Netzwerk im Staatsapparat hatte, der von Nationalisten, Kemalisten und Mitgliedern der Gülen-Gemeinschaft<sup>3</sup> dominiert war. Unter diesen Bedingungen hatte sie zwei Optionen: die Schaffung von Allianzen mit den bestehenden Netzwerken und die Transformation der großen WählerInnenunterstützung für Erdoğan in plebiszitäre Macht.

Diese Allianzen kamen nicht aus dem Nichts: Der Bruch des politischen Einflusses des Militärs, die Politik, die inner- und außerhalb des Landes gegen die kurdische Bewegung verfolgt wurde, die Liquidierung der Gülen-Bewegung und die Beziehungen, die mit Russland und dem Iran im Kontext einer schwächer werdenden Hegemonie im Nahen Osten spielten eine Rolle. Diese Fragen schufen eine Konjunktur in der Türkei, in der Innen- und Außenpolitik eng miteinander verwoben waren (vgl. Tuğal 2016, Madra/Yılmaz 2019). Die Freund-Feind-Beziehungen, die sich zwischen Akteuren rasch änderten, wurden durch die politischen Entscheidungen innerhalb dieser Matrix bestimmt. Eine Analyse der komplexen politischen Konjunktur kann in diesem Beitrag nicht vorgenommen werden.

Akteure schufen und brachen Allianzen mit atemberaubender Geschwindigkeit: Zunächst wurde eine Allianz zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinschaft gegen das kemalistische Establishment gebildet. Nach dem Putschversuch, der durch die Gülen-Gemeinschaft angeführt worden war, wurde eine neue Allianz zwischen der AKP, den Nationalisten und kemalistischen Eliten gegen die Gülen-Gemeinschaft formiert. Im Laufe dieses Prozesses büßten alle Parteien ihre Legitimität teilweise oder vollständig ein oder wurden, wie es mit der Gülen-Gemeinschaft der Fall war, liquidiert. Im Rahmen des neuen „Palast-Regimes“ gibt es einen Prozess der Schaffung eines neuen Zentrums des Staates unter der plebiszitären Führung Erdoğan, die durch Nationalisten und kemalistische Eliten unterstützt wird. Auf dem Gebiet der Wahlpolitik wird diese „innere Koalition“ durch das Wahlbündnis von AKP und der faschistischen Partei alter Schule Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) repräsentiert. Faktisch wurde die Aufgabe dieser politischen Parteien darauf beschränkt, der gewählten Präsidentschaft und der plebiszitären Form des Regierens Legitimität zu verleihen. Damit ist diese „innere Koalition“ um die Präsidentschaft Erdoğan herum gebildet worden.

Die legislativen und judikativen Kräfte werden von der Politik der „inneren Koalition“ fast völlig umgangen. Das Rechtssystem funktioniert entsprechend dem Verständnis eines „Feindesstrafrechts“ gegen jede Form gesellschaftlicher oder politischer Opposition. Das Parlament ist zu einer unwirksamen Institution geworden, deren Kompetenzen durch das Präsidialsystem beschnitten worden sind. Fast alle Medien sind entweder auf Regierungslinie oder unterliegen einer strikten rechtlichen und administrativen Kontrolle. Gegen alle Formen von Politik auf der Straße wird die Polizei eingesetzt. Von Zeit zu Zeit haben faschistische Mafia-Banden individuelle Bewaffnung für den Fall einer möglichen Massenmobilisierung gegen das neue Regime gefordert. Nicht nur Mitglieder oder UnterstützerInnen der kurdischen Bewegung und der Gülen-Gemeinschaft, sondern auch der zum Mainstream gehörenden zentristischen Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) sind vom Präsidenten beschuldigt worden, UnterstützerIn-

nen der „Terrorkoalition“ zu sein. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ ist zum wichtigsten Legitimierungsdiskurs für fast alle Regierungspolitiken geworden. Selbst der jüngste Preisanstieg der Nahrungsmittelpreise wurde von Erdoğan als „Terror mit Obst und Gemüse“ diskursiv gerahmt.

All dies geschah nach den massiven Gezi Park-Protesten im Jahr 2013 und dem landesweiten Erfolg der kurdischen Bewegung bei den Wahlen von 2015. Gewalt und blutige Ereignisse wie die Unterdrückung der kurdischen Bewegung durch harte Militäraktionen, der Putschversuch der Gülen-Gemeinschaft am 15. Juli 2016 und die Bombenexplosionen, die Hunderte von Menschen bei politischen Demonstrationen oder auf öffentlichen Plätzen töteten, haben die Welle der gesellschaftlichen und politischen Opposition gelähmt. Der Aufbau des neuen Regimes wurde in dieser Konjunktur, in der die Massen gewaltsam unterdrückt wurden und sich zurückzogen, möglich.

### Schlussfolgerungen: Können wir von Hegemonie sprechen?

Können wir sagen, dass das gegenwärtige Regime einen hegemonialen Charakter hat? Wenn wir unter Hegemonie breiter als nur Massenunterstützung verstehen, können wir das nicht sagen. Hierfür können folgende Gründe angeführt werden:

Erstens ist die Türkei in einer großen Wirtschaftskrise, da das bestehende Regime der Kapitalakkumulation nicht aufrechterhalten werden kann. Der wichtigste Grund für diese Krise ist die Präferenz der AKP-Regierung, wirtschaftliches Wachstum und Konsum auf Devisenkredite zu stützen. Die Türkei weist historisch eine Wirtschaft auf, die von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland abhängig ist. Derzeit, speziell seit 2013, sind die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland schwächer und teurer, was die türkische Ökonomie unter Druck setzt. Der Wechselkurs hat nachgegeben, wodurch sich die Schulden der Unternehmen (in einheimischer Währung, d. Ü.) verdoppelt haben. Die Inflation steigt wegen der Abhängigkeit von importierten Vorprodukten. Derzeit liegt die Inflationsrate über 20%, bei Nahrungsmitteln hat sie 30% überschritten. Die Regierung versucht den Krisenausbruch bis nach den Kommunalwahlen im März 2019 hinauszuschieben, aber dann ist es möglich, dass Unternehmensinsolvenzen und Arbeitslosigkeit zunehmen. Eine solche Wirtschaftslage könnte die Suspendierung aller „Entwicklungs“-ansprüche des neuen Regimes bedeuten und der Entfremdung von seinen langjährigen AnhängerInnen den Weg bereiten.

Zweitens müssen wir die Ungleichgewichte innerhalb des Regimes im Auge haben. Die erwähnten Allianzen sowohl auf Ebene des Staates wie der Wahlpolitik werden durch einige schwerwiegenden Fragen wie der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise, den Politikpräferenzen im Nahen Osten usw. einer Prüfung ausgesetzt werden. Um es mit anders zu formulieren, die Bündnisse, die nach dem Putschversuch der Gülen-Gemeinschaft geschmiedet worden sind, könnten abhängig von den Präferenzen in einer veränderten Konjunktur umgebildet werden. Es könnte um die türkisch-islamische Synthese gehen, die durch die momentan so robust scheinende Koalition von AKP und MHP verkörpert wird. Fragen wie die Koalition mit der MHP – welche die nationalistische und faschistische Rechte repräsentiert – und die wachsende Distanz zu den USA haben bereits zu Unbehagen innerhalb der AKP geführt. Außerdem haben der Aufstieg Erdoğan und die Etablierung eines Präsidialsystems die AKP und viele alte und pro-

minente Persönlichkeiten des politischen Islams aus dem „politischen Spiel“ hinausgedrängt. Ein Klima der Furcht herrscht in der AKP wie im Land vor, und diese verletzten und bei Seite geschobenen Personen hüllen sich momentan in Schweigen. Parallel zur Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation könnten aber neue Akteure aus dem „eigenen Lager“ die Bühne betreten.

Und als Letztes ist auch der hohe Grad der Polarisierung zu beachten. Das Land ist beinahe in zwei Hälften geteilt, wobei die halbe Bevölkerung das gegenwärtige Regime aus unterschiedlichen Gründen nicht unterstützt. Die politische Stärke des Bündnisses an der Macht beruht teilweise auf der Unordnung unter den politischen Kräften, welche die andere Hälfte des Landes repräsentieren. Erdoğan setzt weiterhin auf Polarisierung, um seine eigene WählerInnenbasis zu konsolidieren. In dieser Hinsicht hat er bereits die Fähigkeit eingebüßt, „auf die andere Nachbarschaft einzuwirken“, die er noch 2003 hatte, als er zur Macht kam. Selbst wenn die Gruppe, an die er sich wendet, groß genug ist, so setzt er einen Typ von Politik fort, die seine OpponentInnen nicht überzeugt und die darauf gründet, beinahe alle von ihnen zu bedrohen, in dem sie als TerroristInnen oder UnterstützerInnen von TerroristInnen bezeichnet werden.

Zieht man diese Charakteristika in Betracht, so kann man statt von einem hegemonialen Status, der auf eine Kombination von Zwang und Konsens gegründet ist, eher von einer Regierungsform sprechen, die auf einer Dissoziation zwischen beiden basiert: Während sie eine plebiszitäre Unterstützung von der einen Hälfte der Bevölkerung erfährt, neigt sie dazu, die andere Hälfte in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen Mechanismen zu unterdrücken. Damit bleibt aber die kritische Frage: Wo in der Welt können wir heutzutage von einer hegemonialen Regierung sprechen?

*Übersetzung aus dem Englischen: Joachim Becker*

## Anmerkungen

- 1 Im Original: „sustainable poverty“ (d.Ü.)
- 2 Im Original: „sustainable consumption“ (d.Ü.)
- 3 Die Gülen-Gemeinschaft ist ein religiös-politisches Netzwerk, das vergleichbar dem Opus dei im Kontext des politischen Katholizismus auf die Einflussnahme in Bildungsinstitutionen und im Staatsapparat ausgerichtet ist (Anm. d.Ü.).

## Literatur

- Akcay, Ü. (2018): Neoliberal Populism in Turkey and Its Crisis. Working Paper, Institute for International Political Economy Berlin, No. 100/2018.
- Bahçe S./ Köse A. H. (2016): Financialisation/Borrowing Circle as a Solution to an Unpleasant Conundrum: Observations from the Mature Neoliberalism in Turkey. In: Research and Policy on Turkey, 1(1): 63–74.
- Bekmen, A. (2014): State and Capital in Turkey during the Neoliberal Era. In: Akça İ., Bekmen A., Özden, B.A. (Hg.): Turkey Reframed: Constituting Neoliberal Hegemony, Pluto Press, London, 47–74.
- Boratav, K. (1995): İstanbul ve Anadolu'dan Sınıf Profilleri. İstanbul.
- Buğra A./Keyder Ç. (2006): The Turkish welfare regime in transformation. In: Journal of European Social Policy 16(3), 211–228.

- Buğra, A./Keyder, Ç. (2007): *Social Assistance in Turkey: For a Policy of Minimum Income Support Conditional on Socially Beneficial Activity*. Ankara.
- Çelik, A. (2015): Turkey's New Labour Regime under the Justice and Development Party in the First Decade of the Twenty-first Century: Authoritarian Flexibilization. In: *Middle Eastern Studies*, 51(4), pp. 618–635.
- Doğan, M. G. (2014): The Deradicalization of Labour. In: Akça İ., Bekmen A., Özden B.A. (Hg.): *Turkey Reframed: Constituting Neoliberal Hegemony*. London, 188–202.
- DPT (2000): *Sekizinci Kalkınma Planı. Tarımsal Politikalar ve Yapısal Düzenlemeler Özel İhtisas Komisyonu Raporu*.
- Eder, M. (2014): Deepening Neoliberalization and a Changing Welfare Regime in Turkey. Carmen Rodríguez, A. Á., Hakan, Y., A. I. Planet (Hg.): *Turkey's Democratization Process*. New York, 195–220.
- Güngen, A. R. (2018): Financial Inclusion and Policy-Making: Strategy, Campaigns and Microcredit a la Turca. In: *New Political Economy*, 23 (3).
- Gürakar, E. Ç. (2018): *Kayıрма Ekonomisi*. İstanbul.
- Güven, A. B. (2016): Rethinking Development Space in Emerging Countries: Turkey's Conservative Counter-movement. In: *Development and Change*, 47(5), 995–1024.
- Jessop, B. (2018): Elective affinity or comprehensive contradiction? Reflections on capitalism and democracy in the time of finance-dominated accumulation and austerity states. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 28(1–2), 9–37.
- Madra, Y. M./Yılmaz, S. (2019): Turkey's Decline into (Civil) War Economy: From Neoliberal Populism to Corporate Nationalism. In: *South Atlantic Quarterly*, 118(1), 41–59.
- Nar, M. (2015): The Committed Changes within Public Procurement Law in Turkey (2003–2014). In: *International Journal of Business and Social Research*, 5(2), 1–20.
- OECD (2015): *The Labour Share in G20 Economies*, <https://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/The-Labour-Share-in-G20-Economies.pdf>
- Özden, B. A. (2014): The Transformation of Social Welfare and Politics: A Successful Convergence of Neoliberalism and Populism. In: Akça İ., Bekmen A., Özden B.A. (Hg.): *Turkey Reframed: Constituting Neoliberal Hegemony*. London, 157–173.
- Özden, B.A./Bekmen, A. (2015): *Rebelling against neoliberal populist regimes*. In: David, I./Toktamış K.F. (Hg.): *Everywhere Taksim: Sowing the Seeds for a New Turkey at Gezi*. Amsterdam.
- Öztürk, M. (2012): *Agriculture, Peasantry and Poverty in Turkey in the Neoliberal Age*. Wageningen.
- Öztürk, M./Jongerden, J., Hilton, A. (2018): The (Re)Production of the New Peasantry in Turkey. In: *Journal of Rural Studies*, Nr. 61, 244–254.
- The World Bank: *Private Participation in Infrastructure Database*, <https://ppi.worldbank.org/snapshots/rankings>
- Tuğal, C. (2009): *Passive Revolution: Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism*. Stanford, CA.
- Tuğal, C. (2016): *The Fall of the Turkish Model: How the Arab Uprisings Brought Down Islamic Liberalism*. London.